

Interpellation betreffend steigende Asylgesuchzahlen führen zu höheren Sozialhilfekosten – tickt hier eine „sozialpolitische und finanzielle Zeitbombe“?

I 1/2016

SVP/FDP-Fraktion vom 22. Januar 2016

Das mittlerweile in Betrieb genommene Bundes-Asylzentrum auf dem Waffenplatz Thun hat für viel Diskussionsstoff gesorgt. Die europaweit geführte Debatte über den richtigen Umgang mit den massiv steigenden Asylgesuchzahlen hat damit auch die lokale Ebene erreicht. Die Fragen wo und wie Asylbewerber untergebracht und versorgt werden sollen, bis sie einen definitiven Asylentscheid erhalten, sind wichtig und werden auch nach Beendigung des Bundes-Asylzentrums in Thun Anlass zu Diskussionen bieten. Die SVP/FDP-Fraktion wird diese Entwicklung kritisch verfolgen und nach Abschluss der Nutzung Auskunft über die entstandenen Kosten, Aufwendungen und allfällige Vorfälle verlangen.

Damit ist aber nur ein kleiner Teil der ganzen Problematik angesprochen. Zu wenig diskutiert wird, was die gestiegenen Asylgesuchzahlen mittel- und langfristig für finanzielle Konsequenzen für Bund, Kantone und Gemeinde mit sich bringen. Nun schlagen die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und der ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm (SP) Alarm. Beide befürchten massiv steigende Sozialhilfekosten aufgrund der steigenden Asylgesuchzahlen, welche in der Folge auch zu steigenden positiven Asylentscheiden bzw. vorläufigen Aufnahmen führen. Die Rede ist sogar von einer „sozialpolitischen und finanziellen Zeitbombe“!¹

Laut SKOS-Papier beträgt die Zahl der Flüchtlinge mit positivem Asylentscheid bzw. vorläufiger Aufnahme für den Zeitraum 2010 – 2014 rund 41'758². Alleine im Jahr 2015 wurden bis Ende Oktober 2015 rund 24'212 neue Asylgesuche gestellt³. Die Mehrheit der Asylsuchenden sei jung (55 % der 2014 in die Schweiz eingereisten Personen seien unter 25 Jahre alt – Tendenz steigend)⁴. Desweiteren sei die Mehrheit dieser Person „beruflich schlecht oder nicht qualifiziert.“⁵ Laut Ökonom Strahm sei die Mehrheit dieser Personen auch nach Jahren arbeitslos – 83% würden Sozialhilfe beziehen⁶. Die SKOS rechnet vor, dass „die Kantone und Gemeinden mittelfristig zusätzlich für zirka 27'800 bleibeberechtigte stellenlose Personen mit Einreise in den Jahren 2010 bis 2014 Sozialhilfeleistungen

¹ Vgl. das 14-seitige Diskussionspapier der SKOS vom 27.11.2015: „Arbeit statt Sozialhilfe“ (online verfügbar:

http://skos.ch/fileadmin/user_upload/public/pdf/medien/medienkonferenzen/2015_Diskussionspapier_ArbeitstattSozialhilfe-d.pdf) sowie die Kolumne von ex-Preisüberwacher und Nationalrat Rudolf Strahm (SP) vom 14.12.2015: „Wer den Wohlstand sucht, soll ihn erschaffen helfen“ (online verfügbar: <http://www.derbund.ch/schweiz/standard/wer-den-wohlstand-sucht-soll-ihn-erschaffen-helfen/story/17666686>).

² SKOS-Diskussionspapier: „Arbeit statt Sozialhilfe“ vom 27.11.2015, S. 7 (m. Verw. auf das SEM).

³ A.a.O., S. 6.

⁴ A.a.O., S. 5.

⁵ A.a.O.

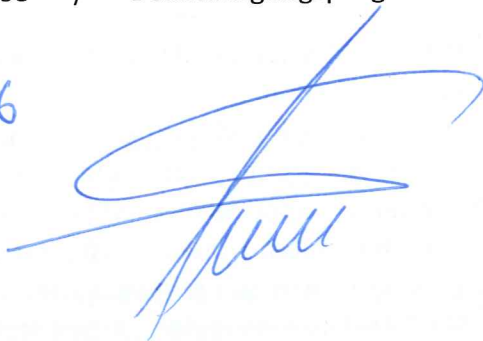
⁶ Kolumne von Rudolf Strahm: „Wer den Wohlstand sucht, soll ihn erschaffen helfen“ (vgl. Fn. 1).

erbringen“⁷ werden müssen. Dabei sind die 2015 noch einmal deutlich angestiegenen Asylgesuchzahlen noch gar nicht eingerechnet.

Die SVP/FDP-Fraktion bittet den Gemeinderat, diesbezüglich folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat die oben angesprochene Situation für die Stadt Thun? Geht er davon aus, dass die Stadt Thun mittelfristig mit einer höheren Anzahl von in Thun gemeldeten Personen mit einem positiven Asylentscheid oder vorläufiger Aufnahme rechnen muss?
2. Wie beurteilt der Gemeinderat die Auswirkungen der gestiegenen Asylgesuchzahlen bzw. der zu erwartenden Zunahme an positiven Asylgesuchzahlen auf die für Thun anfallenden Sozialhilfekosten? Erachtet er die Berechnungen der SKOS als realistisch⁸?
3. Falls der Gemeinderat der Meinung ist, dass auch auf die Stadt Thun steigende Sozialhilfekosten zukommen, existieren auf Stufe Gemeinde bereits erste Überlegungen, wie auf diese Situation reagiert werden könnte? Welche Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, im Geflecht aus Bundes- und Kantonskompetenzen aktiv zu werden? Da die Sozialhilfe im Kanton Bern via Lastenausgleichssystem funktioniert, interessiert sich die Fraktion auch für entsprechende Überlegungen auf kantonaler Stufe. Die Fraktion würde es insbesondere interessieren, was der Gemeinderat zu den von der SKOS angeregten Berufseinstiegskurse meint⁹?
4. Sieht der Gemeinderat Möglichkeiten, die lokale Wirtschaft in die Bemühungen der öffentlichen Hand einzubeziehen? Gibt es Bestrebungen, die lokale Wirtschaft für das Anbieten solcher Berufseinstiegskurse zu gewinnen, indem z.B. administrative oder auch finanzielle Entlastungen der mitmachenden Betriebe in Aussicht gestellt werden könnten?
5. Wie steht der Gemeinderat zum Vorschlag von Rudolf Strahm, auf Gemeindeebene allenfalls auch solche Berufseinstiegskurse / Beschäftigungsprogramme anzubieten¹⁰?

22.1.16



⁷ SKOS-Diskussionspapier: „Arbeit statt Sozialhilfe“ vom 27.11.2015, S. 7.

⁸ A.a.O., S. 7 (die SKOS rechnet mit einer 4% Zunahme der Sozialhilfekosten für die Kantone und Gemeinden in den kommenden Jahren).

⁹ A.a.O., S. 9 ff.

¹⁰ Kolumne von Rudolf Strahm: „Wer den Wohlstand sucht, soll ihn erschaffen helfen“ (vgl. Fn. 1).